

Streit um Viaduktbogen: Steuergeld oder Chance für Start-ups?

Innsbruck plant Ausbau des Viadukt Bogens Nr. 40 für Start-ups. Kontroversen um Steuerverschwendung und Transparenz im Gemeinderat.



Innsbruck, Österreich - In Innsbruck steht ein umstrittenes Bauprojekt in den Startlöchern: Die Stadt investiert 190.000 Euro in den Ausbau des Viadukt Bogens Nr. 40 durch die Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG). In diesem neu gestalteten Raum sollen Jungunternehmen eine kostengünstige Mietoption erhalten, um ihren geschäftlichen Anfang zu finden. Doch diese Pläne stoßen auf Widerstand, insbesondere von den Freiheitlichen und der politischen Gruppe „Das Neue Innsbruck“, die Steuerverschwendung und Intransparenz in den Vergabemethoden kritisieren, wie **ORF Tirol berichtet**.

Der Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber, der die Stadtregierung mit seiner Liste „JA – Jetzt Innsbruck“ sowie

Grünen und SPÖ leitet, weicht den Vorwürfen entgegen und betont die wirtschaftliche Notwendigkeit des Projekts. Er sieht es als wichtig an, den Leerstand in der Stadt zu bekämpfen und jungen Unternehmungen eine Basis ohne hohe finanzielle Risiken zu geben. Kritiker wie Stadtrat Markus Stoll von „Das Neue Innsbruck“ fordern jedoch Klarheit darüber, welche Firmen tatsächlich in den Viaduktbogen einziehen sollen, nachdem frühere Kandidaten verdächtigt werden, aufgrund von „Freunderlwirtschaft“ bevorzugt worden zu sein.

Stadtsenat und Gemeinderat in Aktion

Darüber hinaus sorgt die Wahl des Stadtsenats im Gemeinderat für weitere Dynamik: Dieser besteht aus dem Bürgermeister und bis zu sechs weiteren Mitgliedern, die nach Mandatsstärke verteilt werden. Aktuell ist der Stadtsenat auf sieben Mitglieder festgelegt, darunter jeweils zwei von den Grünen und der Liste „JA – Jetzt Innsbruck“, sowie weitere Vertreter der FPÖ, SPÖ und TURSKY, wie **Innsbruck.gv.at berichtet**. Die wöchentlichen Sitzungen des Stadtsenats sind entscheidend für die Vorberatung aller Angelegenheiten, die einer endgültigen Beschlussfassung im Gemeinderat bedürfen. Diese Struktur erleichtert eine zügige Bearbeitung der städtischen Geschäfte und ist von großer Bedeutung für die zukünftige Stadtpolitik in Innsbruck.

Details	
Ursache	Steuerverschwendung, Intransparenz, leerstehende Geschäftsflächen
Ort	Innsbruck, Österreich
Schaden in €	190000
Quellen	• tirol.orf.at • www.innsbruck.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at